

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meck'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 114

Neuenbürg, Montag den 19. Mai 1919.

77. Jahrgang.

## Deutschland.

Stuttgart, 17. Mai. Wie das Neue Tagblatt hört, wird ein Gesetzesentwurf vorbereitet, wonach sich die noch für Lebenszeit gewählten Ortsvorsteher in Württemberg im Verlauf einer kurz bemessenen Frist einer Neuwahl zu unterziehen haben.

München, 17. Mai. Der Entwurf des bayerischen Abgesandten ist fertiggestellt. Er geht weit hinaus über die vom Reich vorgesehene Bestimmungen. Während das Reich den Räten nur wirtschaftliche Befugnisse zugestehen will, in Bayern auch politische Mitbestimmungsrechte bis zu im lokalen Behörden gewährt werden. — Der Vorstand des Bayer. Zentralwirtschaftsamts Dr. Neuraith ist von der bayerischen Regierung Hofmann seines Amtes enthoben worden. Dr. Neuraith war berufen, um die Volksozialisierung in Bayern durchzuführen. — Der Leiter des Sanitätsdienstes der Roten Armee, Dr. Schollenbruch, hat sich nach jahrelangem Umherirren selbst der Polizei gestellt.

Berlin, 17. Mai. Gegen die Art, wie durch die britische Zensurbehörde auf die linksrheinische deutsche Presse während der Friedensverhandlungen eingewirkt wird, hat die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaas Protest erhoben lassen. Die Zeitungen des besetzten Gebietes sind die einzigen Blätter der ganzen Welt, die nicht in der Lage waren, die Erklärungen der deutschen Staatsmänner in Versailles und in Berlin widerzugeben. Der Waffenstillstandsvertrag gibt den Besatzungsbehörden kein Recht auf derartige Eingriffe. Ferner hat die Besatzungsbehörde kein Recht, einen Teil des deutschen Volkes in seiner schwersten Stunde daran zu hindern, die Wahrheit zu erfahren.

Berlin, 17. Mai. Von Norwegen werden 400 000 kg Medizinal-Eberran nach Deutschland eingeführt, die zum Preis von 8,50 Mk. als Sonderbeweisung durch Vermittelung der Apotheken und Drogerien an unterernährte Kinder, Kranke und alte Frauen und Männer, Fürsorgestellen und Heilanstalten für Kinder, Krankenhäuser, Kliniken, Langenheilanstalten, Siechen- und Altersheime abgegeben werden.

Berlin, 18. Mai. Die Dampfschiffpreise sind nach einer Bekanntmachung im Reichsanzeiger mit Wirkung vom 1. Mai ab aufgehoben. — Im besetzten westdeutschen Gebiet haben zahlreiche Agenten, insbesondere amerikanischer Herkunft, die Anknüpfung von Handelsbeziehungen aufgenommen. — Der frühere Führer der Berliner Volksmarine-Abteilung, Leutnant Doernbach, wurde bei einem Fluchtversuch im Kriminalgericht schwer angefaßt. Er war von Eisenach nach Berlin gebracht worden und sollte ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert werden. — Die ehemaligen deutschen Schiffe „Kronprinzessin Cecilie“, „Kronprinz Wilhelm“, sowie „Kaiser Wilhelm II.“ wurden vom amerikanischen Schiffsamt für den Postdienst zwischen New-York und südamerikanischen Häfen bestimmt. — Der bayerische Bischof Eßmann hat folgendes Telegramm an den Papst geschickt: Inständig bitte ich Eure Heiligkeit, für Abwendung der Friedensbedingungen einzutreten, welche das Todesurteil unseres Volkes bedeuten.

Röln, 18. Mai. Die britischen Behörden haben bis jetzt weiteres alle Versammlungen der Zentrumspartei verboten. Es dürfen daher auch solche Versammlungen der Zentrumspartei nicht stattfinden, die bereits genehmigt worden sind.

Röln, 18. Mai. Laut Cologne Post ist von englischen Kaufleuten die Gründung einer englischen Handelskammer in Röln beschlossen worden. Die Gründung wird in London eingetraget. In Röln wird zunächst ein Auskunftsamt eingerichtet, in dem außer dem Sekretär der Kammer auch ein Vertreter der Wirtschaftsabteilung der englischen Militärbehörden Auskunft erteilt wird. Über 30 führende englische Firmen waren auf der Gründungsversammlung vertreten.

### Zu den Verhandlungen in Versailles.

Berlin, 17. Mai. Die Deutsche Tageszeitung erfährt aus amerikanischer Quelle, die sich offiziell beteiligt, es wird der Pariser Presse mitgeteilt, daß, falls die Deutschen über die gewährten 14 Tage hinaus eine Verlängerung der Verhandlung erbitten, ihnen diese nicht gewährt wird.

Die Tageszeitung erfährt: Ueber die vermittelnde Dauer der Konferenz und ihren Ausgang sind vorläufig nur Kombinationen möglich. Es kann sein, daß nach Abgabe der deutschen Antwort am 22. Mai eine Frist für die endgültige Entscheidung bis Anfang Juni gestellt und dann noch einmal verlängert wird. Es kann aber ebenso sein, daß die Verhandlungen nach dem 22. Mai ein sehr rasches Ende nehmen.

Berlin, 17. Mai. Die von einem Leipziger Blatte gebrachte Nachricht von einem bevorstehenden Rücktritt des Grafen Brockdorff-Ronzau ist in vollem Umfang unzutref-

send. Graf Brockdorff ist heute nach Spaas gereist, um dort mit Dr. Dernburg zusammenzutreffen. Er wird am Montag wieder nach Versailles zurückkehren.

Wie WTB. dazu erfährt, hat die Besprechung des Grafen von Brockdorff mit Dr. Dernburg in Spaas den Zweck, eine persönliche Fühlungnahme zwischen der deutschen Delegation und der Berliner Regierung herzustellen. Eine Reise nach Berlin ist unmöglich, weil die Hin- und Rückfahrt mehrere Tage in Anspruch nehmen würde und die Anwesenheit des Grafen Brockdorff in Versailles wegen des baldigen Ablaufs der Frist für die Ueberreichung der deutschen Gegenvorschläge unbedingt notwendig ist.

### Ein Reiz der Landwirte nördlich des Memelstromes.

Tilsit, 17. Mai. Gegen den habgierigen Plan des Feindes, den nördlich des Memelstromes gelegenen Teil Ostpreußens mit zu der sonstigen Kaufstoffe zu schlagen, haben die Landwirtschaftlichen Vereine der Kreise Memel, Ragnit und Tilsit Stellung genommen. In den von ihnen an die zuständigen Stellen übermittelten Drahtungen heißt es u. a.: Wir weisen die beabsichtigte Abtrennung unseres Bodens und Besitzes von Deutschland mit Entrüstung zurück. Keine Macht der Welt darf uns unser deutsches Vaterland rauben, an dem wir treu und fest hängen. Nur dieses Land kann und wird uns deutschen litauischen Landwirten Schutz und Förderung gewähren, während ihre Abtrennung wirtschaftlichen und sittlichen Niedergang bedeutet. Wir werden uns mit allen Kräften gegen jede Vergewaltigung wehren und eine uns mit Gewalt aufgezwungene fremde Macht niemals anerkennen.

## Ausland.

Basel, 17. Mai. Wie verlautet, wurde soeben zwischen Deutschland und der Schweiz auf der Grundlage eines Durchschnittspreises von 105 Franken ein neues Kohlenabkommen getroffen, das deutscherseits eine monatliche Lieferung von 30 000 Tonnen Kohlen, 20 000 Tonnen Koks aus dem Ruhrrevier, sowie 12 000 Tonnen rheinische Braunkohlenbriketts vorsieht. Das Abkommen läuft vom 1. Juni an zunächst für 6 Monate.

Haag, 17. Mai. Das englische Arbeiterblatt „Daily Herald“ veröffentlicht ein aufsehenerregendes Dokument der englischen Regierung, nämlich ein Rundschreiben an die verschiedenen Armeekommandos, in dem die Kommandeure ersucht werden, mitzuteilen, ob auf ihre Truppen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gerechnet werden könne, ob sie bereit seien, Streiks zu unterdrücken, und ob die Truppen gegebenenfalls verpflichtet würden, in Rußland oder anderweitig Ueberseesdienst zu nehmen.

Haag, 17. Mai. Der Haager Korrespondent des Allgemeinen Handelsblades meldet, daß die vorübergehende Störung in der Einfuhr von Lebensmitteln aus den assoziierten Ländern nach Deutschland beseitigt ist und daß die Einfuhr wieder fortgesetzt werde.

Amsterdam, 18. Mai. Reuters meldet, daß die Russen ein Ultimatum an Rumänien gerichtet haben. Beide Länder befinden sich im Kriegszustand.

Paris, 18. Mai. Der österreichische Friedensvertrag ist fast fertig. Die Bestimmungen über die Verantwortlichkeit für den Krieg sind fast dieselben wie in dem Deutschland betreffenden Vertrage, aber der frühere Kaiser Karl wird nicht angeklagt.

Paris, 17. Mai. Es verlautet, daß der Friedensvertrag mit Deutschland eine Klausel enthält, die noch nicht veröffentlicht wurde und in der bestimmt wird, daß die Ratifikation des Vertrages durch Deutschland und drei der hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Mächte den Vertrag zwischen den ratifizierenden Parteien in Kraft setzt und auf diese Weise die sofortige Wiederaufnahme des Handels zwischen ihnen möglich machen wird.

Paris, 16. Mai. „L'oeuvre“ bringt die eigenartige Meldung, daß sich Marschall Joffre wegen Unterzeichnung eines Telegramms, durch das Rumänien seinerzeit genötigt war, in einem ungünstigen Augenblick den Krieg einzutreten, vor einer parlamentarischen Kommission verantworten soll. Man rechnet infolgedessen damit, daß Joffre in Anklagezustand versetzt wird.

Paris, 16. Mai. Es ist jetzt beschlossen worden, daß die in amerikanischen Häfen beschlagnahmten deutschen Schiffe amerikanisches Eigentum bleiben sollen.

### Feindliche Maßnahmen für eine Besetzung Deutschlands.

Röln, 17. Mai. Marschall Foch ist, nachdem er in Begleitung von General Manquin in Odéss am Main die dortigen französischen Truppen besichtigt hatte, in Röln heute vormittag auf einem festlich geschmückten Rheindampfer,

gegenüber dem Stapelhaus angekommen. Der Dampfer trug an oberster Stelle die englische, dann die amerikanische, dann nebeneinander die französische und belgische Flagge. Am Ufer bildeten die Truppen Spalier. Marschall Foch ist von den Truppen durch Zurufe begrüßt worden.

Wien, 17. Mai. Das deutsche Volksblatt meldet von der italienischen Grenze: General Diaz kehrt am Montag vom Pariser Kriegsrat in das italienische Hauptquartier zurück. Es sind militärische Maßnahmen der italienischen Heeresleitung ergangen, die eine Teilnahme Italiens an der voraussichtlichen Besetzung Deutschlands als wahrscheinlich erscheinen lassen.

Rotterdam, 17. Mai. „Morningpost“ meldet: Die englische Admiralität will die Nordflotte auslaufen lassen. Die Besetzung der deutschen Häfen durch die Schiffe der Alliierten ist für den Fall der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages in Aussicht genommen. (Jetzt nachdem die deutsche Flotte nicht mehr existiert, getraut sich die englische Flotte aus ihren Schlafswinkeln heraus. Schriftl.)

Kopenhagen, 17. Mai. Durch den Sund sind gestern früh 8 englische Kriegsschiffe in der Richtung gegen Osten gefahren. 7 weitere englische Kriegsschiffe folgten in den Mittagsstunden auf der Fahrt durch die Ostsee.

### Das unzufriedene Italien.

Berlin, 17. Mai. In Italien wächst, wie der „Vorwärts“ berichtet, die Unzufriedenheit mit den Pariser Nachschüssen immer mehr. Nach dem „Corriere della Sera“ verweigert der französische Frieden den Besiegten jede Möglichkeit, wieder festen Fuß zu fassen. Orlando und Sonnino bestehen, dem „Secolo“ zufolge, auf strikter Durchführung des Londoner Vertrages. Bei der Beratung über Südtirol oder der Beratung des gesamten italienischen Problems werde die italienische Delegation wohl auch den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland auf die Tagesordnung setzen.

Versailles, 17. Mai. Auf der Pariser Konferenz ist es heute zu einem neuen schweren Zusammenstoß mit den Italienern gekommen. Benigno erklärte, daß er für Griechenland an dem vollen Programm festhalte und nicht gelassen sei, etwas nachzulassen, da Griechenland vonseiten Frankreichs und Englands schriftliche Geheimverträge habe, welche er vorzeigte. Orlando und Sonnino haben darauf aufs höchste erbittert die Konferenz aufs neue verlassen. (Man wird gut tun, auf diese Fäkerlein keine besonderen Hoffnungen bei uns zu bauen. Schriftl.)

### Die Wiederherstellung der „Internationale“.

Rotterdam, 16. Mai. Dem „Nieuwe Rotterdamchen Courant“ wird aus Paris gemeldet, daß die französischen, britischen und niederländischen Delegierten der Gewerkschaften beschlossen haben, für den 28. Juli in Amsterdam eine internationale Arbeiterkonferenz einzuberufen. Das Programm betrifft die Wiederherstellung der Internationale, die Untersuchung der internationalen Lage und der Ansprüche der Arbeiter.

### Englische Arbeiter lehnen einen Sozialisierungsvorschlag ab.

London, 17. Mai. Die Versammlung des Verbandes der Maschinisten und Schiffbauarbeiter, die gestern in Cardiff abgehalten wurde, hat den Vorschlag der britischen Regierung, die Schiffswerften den Arbeitern mit Staatshilfe zur eigenen Ausbeutung zu überlassen, abgelehnt. Die Versammlung erklärte, daß die Regierung die nationalen Werften selbst verwalten und selbst organisieren müssen, und daß die Arbeiter nichts anderes tun können, als von der Arbeit ihren berechtigten Anteil zu verlangen. Dadurch ist der erste von der englischen Regierung unternommene Versuch, zur Verstaatlichung der Großbetriebe überzugehen, von den Arbeitern selbst grundsätzlich abgelehnt worden.

## Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

— Vom Evangelischen Oberschulrat ist am 16. Mai je eine ständige Lehrstelle in Calw an der Volksschule dem Doppellehrer Gwinner in Oberniebelsbach und Ottenbach dem Unterlehrer Christian Friß dabei selbst übertragen worden.

Neuenbürg, 19. Mai. Das geradezu ideale Maiwetter am gestrigen Tage in Verbindung mit dem Umstand, daß am gleichen Tage in verschiedenen Bezirksgemeinden Gemeinderatswahlen stattfanden, daß ferner am Abend in Calmbach eine Wählerversammlung der Deutschen demokratischen Partei abgehalten war, leider auch eine bedauerliche Gleichgültigkeit und Verlehnung des furchtbaren Ernstes unserer politischen Lage in manchen Kreisen, dürfte die Ursache sein, daß die auf gestern Nachmittag in den Ankerjahl einberufene Wählerversammlung der Deutschen demokratischen Partei einen nur mäßigen Besuch

Anzeigenpreis: Die einseitige Petitzeile oder deren Raum 20 g. außerhalb des Bezirkes 22 g. bei Ankaufserteilung durch die Geschäftsstelle 30 g. extra. Reklame-Zeile 50 g. Bei größeren Aufträgen entsprech. Rabatt, der in Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird.

Schluß der Anzeigenannahme: 8 Uhr vorm. Fernsprecher Nr. 4. für telef. Aufträge wird keinerlei Gemäße übernommen.





Barbus unterwegs war, im Kleinen Belt zwischen Affen und Thord in ein deutsches Minenfeld und stieß auf zweiminen, die beide explodierten. Das Schiff flog in die Luft. Die Besatzung, bestehend aus 11 Mann, kam um. Dänische Kriegsschiffe eilten zur Hilfe herbei, konnten jedoch von der Bergung keine Spur mehr entdecken. Die beiden Schleppboote blieben unbeschädigt.

**Kopenhagen, 16. Mai.** „Politiken“ meldet aus Falde, daß vergangene Nacht das dortige Grandhotel durch eine Feuersbrunst vollkommen zerstört wurde. Der Brand brach um Mitternacht aus und überaschte die Gäste im Schlaf, die aus den Fenstern der drei Stockwerke springen mußten, um das nackte Leben zu retten. 11 Personen sind schwer verletzt. Wie bisher festgestellt wurde sind 6 Personen in den Flammen umgekommen.

**Kriegsverluste.** Der Verlust, den die Ärzte, Zahnärzte, Veterinäre, Apotheker und Feldgeistliche im Krieg erlitten haben, beziffert sich auf 1719 Mann. Es sind davon Ärzte 1463, Zahnärzte 14, Veterinäre 165, Apotheker 46 und Feldgeistliche 31. Würtemberg ist an diesen Verlusten am meisten beteiligt mit 49 Ärzten, 1 Zahnarzt, 4 Veterinären und 1 Apotheker. Preußen mit 1081 Ärzten, 13 Zahnärzten, 165 Veterinären, 33 Apothekern und 24 Feldgeistlichen. Bayern mit 160 Ärzten, 14 Veterinären, 3 Apothekern und 1 Feldgeistlichen. Sachsen mit 71 Ärzten, 10 Veterinären und 6 Apothekern. Die Marine mit 83 Ärzten, 1 Apotheker und 3 Feldgeistlichen. Die Schutztruppe mit 6 Ärzten und 1 Feldgeistlichen.

Wie man einem den Mund wässrig macht:  
1. Was sagen Sie dazu? Eine Schildkrötennappe, ein Schweinskotlett mit 2 Beilagen, Nudeln, ein Glas Wein, und das alles für 70 Pfennige zusammen! — B.: Immerweller: Wo kriegt man denn in diesen Zeiten einen so billigen Mittagstisch? — Ja, wo? Wenn ich das möchte, dann ging' ich ja selber hin!

### Neueste Nachrichten.

**Stuttgart, 18. Mai.** Die Generaldirektion der Süddeutschen Eisenbahnen teilt mit: Von Montag, den 19. Mai an werden die Züge D 4/50 und D 61 wieder täglich zwischen Stuttgart und Karlsruhe. D 4/50 Stuttgart ab 4.47 Uhr abm., Karlsruhe an 6.40 Uhr nachm. mit Anschluß an 11 nach Heidelberg und Frankfurt. D 61 Karlsruhe ab 7 Uhr nachm., Stuttgart an 9.12 Uhr nachm. Der Zug D 2 läuft vom gleichen Tage an auf dem kürzesten Wege von Frankfurt nach Darmstadt, Frankfurt ab 7.04 vorm., Darmstadt an 7.34 Uhr vorm., Darmstadt ab 7.50 Uhr vorm.; weiter nach Heidelberg und Leopoldshöhe (in Bruchsal Anschluß an Personenzug 71, Stuttgart an 12.38 Uhr nachm.) Dieser verfähren vom 19. Mai an eine Anzahl Personenzüge nicht mehr von Darmstadt über Dieburg-Oberroden nach Frankfurt und umgekehrt, sondern auf dem kürzesten Wege zwischen Darmstadt und Frankfurt.

**Berlin, 19. Mai.** Wie das „Berliner Tageblatt“ hat, den gestern der General v. D. Graf Max Montgelas als Professor Hans Delbrück nach Versailles gereist. Er wird an den Beratungen der für die Schuldfrage eingesetzten Kommission teilnehmen.

**Berlin, 19. Mai.** Einer der Sonderberichterstatter des „Berliner Lokalanzeigers“ in Versailles stellt gegenüber Behauptungen in der Pariser Presse, die dahingehen, Graf D'Amadey-Rangau sei auf der Seite derer, die für die Unterzeichnung eintreten, fest, daß alle fünf deutschen Delegierten entschlossen sind und bleiben, dem Vertrag, wenn er nicht in wesentlichen, den Alliierten bereits bekannt gegebenen, die noch bekannt zu gebenden Punkten geändert werde, nicht zu unterschreiben.

**Berlin, 19. Mai.** Laut „Börslicher Zeitung“ will der „Main“ wissen, daß der deutsche Gegenvorschlag folgende Grundlinien haben werde: Deutschland verharre auf den 14 Punkten Wilsons und verlange Volksabstimmung in den westlichen Mittelmeer Gebieten. Ueber die Saar Kohlen werde als Angebot eines Wirtschaftsgebietes erfolgen. Deutschland werde sich ferner zum Wiederaufbau der Zerstörungen verpflichten, wenn es die Einrichtungen und diejenige Kohlenkohle erhalte, die für die Wiederbelebung seiner Arbeit notwendig seien. Die Kontingentsziffer soll vorläufig höher bleiben als im Friedensvertrag festgesetzt worden ist. Als Beweis für einen ernstlichen Abrüstungswillen sei Deutschland bereit, die ganze Kriegsschiffe der Friedenszeit abzuliefern, falls die Donauflotte zurückgegeben werde. Wenn dieser Vorschlag abgelehnt werden sollte, müsse die deutsche Regierung die Vertragsunterschrift verweigern.

**Berlin, 19. Mai.** Der gestrige Sonntag, schreibt der „Lokalanzeiger“, stand ganz im Zeichen der einmütigen Kundgebung der Berliner Bevölkerung gegen die Annahme des uns zugedachten Gewaltfriedens.

Die „Berliner Volkszeitung“ hebt hervor, daß fast alle Parteien sich zu den gemeinsamen Veranstaltungen zusammenschlossen hatten, um gegen den Frieden in seiner jetzigen Form zu protestieren.

Das „Berliner Tageblatt“ meint: Denjenigen, die fragen, ob man nicht doch vielleicht unterschreiben sollte, kann man geantwortet werden: Lebt den Vertrag.

**Berlin, 18. Mai.** Zu vielen Tausenden hatten sich heute mittag gegen 12 Uhr Deutschösterreicher und Deutsche auf dem Wilhelmplatz und in der Wilhelmstraße vor der Reichskanzlei eingefunden, um gegen die in den Friedensverhandlungen offenbar gewordenen Bestrebungen der Entente, Deutsch-Österreich vom Deutschen Reich loszulösen und es dauernd zu trennen, zu protestieren.

**Berlin, 19. Mai.** Wie der „Vorwärts“ aus Versailles berichtet, ist die Absicht der französischen Regierung, den Vorlaut des Friedensvertrags endlich zu veröffentlichen, wieder rückgängig gemacht worden. Der „Vorwärts“ sagt dazu: Was mit der Verheimlichung des Friedensvertrags bezweckt werden soll, liegt auf der Hand: die Ententeblätter sollen eben nicht drinreden dürfen. So sieht das prächtige Selbstbestimmungsrecht der Völker im eigenen Hause aus, dessen Karikatur uns im Gewaltfriedensentwurf vorgeführt worden ist.

**Berlin, 19. Mai.** Im „Vorwärts“ wirft Erwin Barth die Frage auf: „Wer wagt die Entscheidung?“ Niemand hat glauben können, sagt er, daß in Paris Besien statt Menichen der Welt statt des Friedens ein viel schlimmeres Werk als den Krieg selbst erfinden würden. Der Krieg hat Männer im Blute erstickt, der Frieden aber soll die Weiber und Kinder himmorden. Es muß mit Festhalten auf einer Volksabstimmung bestanden werden. Das Volk ist die höchste souveräne Instanz. Ihm muß die Entscheidung in die Hand gegeben werden. (Ob die breiten Massen in ihrer Vielgestaltigkeit die erforderliche Urteilsfähigkeit in dieser so schwerwiegenden Frage besitzen, bleibt wohl zu überlegen. Schriftl.)

**Rotterdam, 18. Mai.** In der Sitzung des englischen Unterhauses vom 15. Mai erklärte der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Hornsworth, der Ausbruch der Unruhen in Ägypten sei für das auswärtige Amt eine obliegende Ueberprüfung gewesen. Bei der Ueberprüfung der Unruhen seien fast 1000 Ägypter getötet worden.

**Versailles, 18. Mai.** Besten ist dem Präsidenten der Friedenskonferenz Clemenceau eine weitere, das Saargebiet betreffende Note übergeben worden. Dieselbe enthält Vorschläge deutscher Sachverständiger zwecks Deckung des französischen Kohlenbedarfs durch geeignete Mittel, als sie im Friedensvertragsentwurf vorgesehen sind. Ihre Veröffentlichung ist nur für den Fall in Aussicht genommen, daß hierauf auch von gegenseitiger Seite Wert gelegt wird.

**Paris, 17. Mai.** Die Bestimmung im Friedensvertrag bezüglich der Forderungen an Österreich sieht die Bezahlung einer Entschädigung von 5 Milliarden Mark in Gold vor.

### Reichsminister Giesberts über den Frieden.

**Berlin, 18. Mai.** In der Deutschen Allgem. Nachricht Reichsminister Giesberts, der am Samstag die Reise nach Versailles angetreten hat, über den Frieden: Keine Regierung kann diesen Vertrag unterschreiben mit der Ueberzeugung, daß er durchzuführen werden kann. Es ist eine glatte Unmöglichkeit. Das Bestehen der deutschen Friedensdelegation wird deshalb in erster Linie darauf hingehen, unsere Gegner von der Unerschütterlichkeit zu überzeugen und möglichst zwersprechende Gegenvorschläge zu machen. Deutschland muß sein nationales und wirtschaftliches Eigenleben seine Souveränität und Selbstständigkeit als Staatswesen unbedingt retten. Die Finanz- und Wirtschaftskommissionen, die unser Wirtschafts- und Finanzleben kontrollieren sollen, die Internationalisierung unserer Flüsse usw. sind Bestimmungen, die sich mit einem demokratischen Staatswesen nicht vereinigen lassen. Garantien für die Durchführung übernommener Verpflichtungen wird Deutschland reichlich in anderer Form zu stellen vermögen. Ein Völkerbund ohne Gleichberechtigung Deutschlands kann auf diesen Ehrennamen nicht Anspruch machen. Das Forum des Völkerbundes wird ein Mittel sein, um für Deutschland eine gerechte und objektive Beurteilung in der Welt zu erlangen, sowohl bezüglich seiner ehrliehen Friedensliebe, wie auch seiner kanalen demokratischen Verfassung, und andererseits wird von diesem Forum aus die Arbeitsamkeit und die technische Fähigkeit des deutschen Volkes zur Kenntnis auch derjenigen Kreise gelangen, die bisher von uns nur als Hunnen, Barbaren und Voches redeten. Wenn Deutschland die von ihm anerkannten Verpflichtungen zur Wiedergutmachung der zerstörten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs erfüllen soll, so muß ihm die Arbeitsmöglichkeit und Arbeitsfreiheit in der Welt belassen werden. Der Friedensvertrag bedeutet den wirtschaftlichen Ruin unseres Landes. Wenn die Entente von uns verlangt, daß wir unseren finanziellen Verpflichtungen gerecht werden, so fehlt die Vernichtung unseres Wirtschaftslebens dazu im vollsten Gegenatz. Deutschland wird arbeiten und schaffen und wird, so schwer es ihm fällt, und so hart seine nächste Zukunft erscheint, seine Verpflichtungen erfüllen, aber nur als freies Volk, niemals als Arbeitsklave des internationalen Kapitals. Der Friedensvertrag der Entente bedeutet bei seiner Durchführung für die deutschen Arbeiter eine Herunterdrückung der Lebenshaltung auf das denkbar tiefste Niveau, eine Verlängerung der Arbeitszeit, Verschlechterung des Arbeiterschutzes und Zerrüttung und der sozialen Versicherung. Die Ententeblätter müssen sich zwei Dinge vor Augen halten, daß einmal die kampfgewohnte deutsche Arbeiterklasse sich in dieses Sklaventum nicht hineinreden läßt und daß sie daher in dem von ihr kontrollierten unterjochten Deutschland niemals Ruhe und Frieden finden werden, und daß zum anderen die großen finanziellen Bedingungen des Vertrages illusorisch sind, wenn nicht den deutschen Arbeitern ein friedlicher Arbeitswille geschaffen wird. Von diesen Gesichtspunkten aus sind die Bestimmungen über internationalen Arbeiterschutz und Arbeiterrecht von hervorragender Bedeutung. Der Friedensvertrag ist durchdrungen von dem Mißtrauen gegen das neue Deutschland. Wir müssen diesem Mißtrauen dadurch begegnen, daß wir die Entente zu überzeugen versuchen, daß im neuen Deutschland auch ein neuer Geist herrscht, d. h. ein Geist, der ehrlieh den Völkern Frieden will und den Militarismus überwinden

hat. Unsere Feinde haben es in der Hand, einen wirklichen Völkervertrag herzustellen oder durch diesen Friedensvertrag den Grundstein zu neuen künftigen Kriegen zu legen. Wir sind bereit, für den künftigen Völkervertrag alle Garantien und Sicherheiten unsererseits zu bieten; niemals aber sind wir bereit, unsere nationale Selbstständigkeit herzugeben und das deutsche Volk für ewige Zeiten in die Sklaverei des imperialistischen Kapitalismus verschleppen zu lassen.

### Reichsjustizminister Landberg und Reichspostminister Giesberts über den Verlauf der Verhandlungen.

**Berlin, 17. Mai.** In der Sitzung des Friedensausschusses machte, nachdem Reichsjustizminister Landberg und Reichspostminister Giesberts Bericht über den Verlauf der Verhandlungen in Versailles erstattet hatten, Reichswirtschaftsminister Wiesel längere Ausführungen über die Wirkungen der Friedensbedingungen auf unser Wirtschaftsleben. Er führte u. a. aus, daß deutsche Volk habe in seiner übergroßen Mehrheit geglaubt, daß die Friedensbedingungen den von Wilson aufgestellten Grundsätzen entsprechen würden. In diesem Sinne habe es den Waffenstillstand angeboten. Wie ihn die Gegner sich denken, wissen wir nun: Das deutsche Wirtschaftsleben soll erzwungen, das deutsche Volk zu einer Fron verurteilt werden. Alles Eigentum, alle Rechte und Interessen der deutschen Reichsangehörigen oder der durch sie beherrschten Gesellschaften innerhalb des Gebietes der alliierten oder assoziierten Mächte soll liquidiert werden können. Für sich nehmen die Gegner das Recht der Restbegünstigung in Anspruch, erkennen es aber Deutschland nicht zu. In den ehemaligen deutschen Kolonien und in Ägypten soll die Niederlassung der Eigentümerwerb, Handels- und Berufsausübungen für Deutsche von dem Ermessen der zuständigen Regierung abhängig sein. In Elsass-Lothringen kann die französische Regierung in Zukunft ohne Freistellung Deutsche an Bergwerken, Steinbrüchen und Metallbearbeitungswerkstätten ausschließen. Deutschland verpflichtet sich, die Ernennung von gegenseitigen Konsulatspersonen anzuerkennen, während ihm die Möglichkeit solcher Vertretungen nicht zugesichert wird. Die Kabel sollen abgetrennt, die Funkstationen unter Kontrolle gestellt werden. Auf dem Gebiete der Kohlenwirtschaft werden Forderungen an uns gestellt, die in ihrer Ungeheuerlichkeit kaum übertroffen werden können. Von unseren Staatswaldungen sollen wir fast 1 1/2 Millionen ha im Werte von fast 6 1/2 Milliarden Goldmark abtreten. Durch Volksabstimmung können uns weiter entzogen werden im Ganzen 412000 ha im Werte von 1,7 Milliarden Goldmark. Nach den Forderungen der Entente sollen wir 1236 Schiffe mit 454238 Bruttotonnen abliefern, sodaß uns nur 585176 Bruttotonnen verbleiben. Durch die vollständige Auslieferung der Fischereiflotte werden etwa 64000 deutsche Seeleute brotlos gemacht. Die Hauptwasserwege Deutschlands sollen internationalisiert werden. Man fordert ferner 20 Milliarden Mark in Gold und weitere 40 Milliarden Mark Gold in Schuldverschreibungen. Sobald man die Ueberzeugung hat, daß Deutschland die Zinsen und Tilgungsraten für weitere 40 Milliarden Gold sicher aufbringen kann, sollen auch dafür Schuldverschreibungen ausgegeben werden. Auch soll Deutschland die Rückzahlung der Summen leisten, die Belgien von den Verbundregierungen bis zum 1. November entliehen hat.

### Vom Dceanflug.

**Newyork, 17. Mai.** Das Wasserflugzeug Nr. 1 ist 200 Meilen nördlich von Fagal auf das Meer niedergefallen. Besatzung und Passagiere sind zu seinem Bestand ausgelauten.

**Berlin, 19. Mai.** Wie die Morgenblätter berichten, wurde gestern das Riesenschiff der amerikanischen Marine, „USS Curtiss“, mit seinem Führer Kohd in Lissabon erwartet. Zwei andere Flugzeuge, die sich ebenfalls an dem Flug beteiligten, werden vermisst.

## Trotz Kohlennot

kann jedes Dach sofort in  
Stund gesetzt werden. Die  
Ambi-Dachstein-Maschine  
liefert Falzziegel, Pfannen,  
Kronen usw. im Handbetrieb

Anfragen an:

### Ambi Abt. i. K. Charlottenburg 9

Arthur Müller Bauten und Industriewerke  
Goldene Medaille und Staatspreis  
vom Reichsvorband für sparsame Bauweise

Neue Bestellungen

auf den täglich erscheinenden „Enztäter“ werden fortwährend von allen Postanstalten, Postboten, von unserer Geschäftsstelle und den Austrägerinnen entgegengenommen.

**Ueberarbeitete, geistig und körperlich heruntergekommene finden in Leciferrin-Tabletten ein vorzüglich und rasch wirkendes Präparat, um einen normalen Gesundheitszustand wieder herzustellen.** Preis M. 3.— in Apotheken

